



TOP 2

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-
Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

Rede der Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion
Hannelore Kraft

anlässlich
der Plenarsitzung am 17. Dezember 2009

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

gestern konnten wir es in den Zeitungen lesen: Der Ministerpräsident und seine Koalition haben ihre Ziele in dieser Legislaturperiode nicht erreicht. Sie möchten darum noch einmal 5 Jahre Zeit bekommen, damit sie endlich das erfüllen können, was sie schon beim letzten Mal versprochen haben. Herr Ministerpräsident, Herr Kollege Papke, ich höre, Sie wollen Nordrhein-Westfalen nach der Landtagswahl in die Champions League führen. Das haben Sie schon vor 5 Jahren großspurig angekündigt. Woher nehmen Sie den Optimismus, dass Ihnen das in der nächsten Spielzeit gelingt? Nach dem aktuellen Punktestand stehen Sie doch auf einem Abstiegsplatz.

Ich weiß, Sie wollen das nicht hören. Darum weigern Sie sich ja auch, die schlichten Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Herr Ministerpräsident, wir wissen, was Sie heute wieder sagen werden: Wir sind doch eigentlich gut voran gekommen, 2008 hätten wir einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt, wenn nicht die WestLB gewesen wäre und wenn uns dann nicht auch noch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise gebeutelt hätte. Das erinnert an den bekannten Fußballerspruch: Zuerst hatten wir kein Glück, und dann kam auch noch Pech dazu.

So einfach wollen Sie es sich machen. Aber so einfach ist das nicht. Alle 16 Bundesländer hatten in den letzten 5 Jahren dieselben Rahmenbedingungen: Ab Mitte 2005 erfolgte ein ungewöhnlich starker wirtschaftlicher Aufschwung mit rasant ansteigenden Steuereinnahmen. Sie hatten drei richtig fette Jahre. Dann kam im Sommer 2008 der Knick durch die Banken- und Wirtschaftskrise, der heute noch anhält. Erst Aufschwung, dann Krise - das gilt für alle Länder gleichermaßen. Es kommt bei der Bilanz Ihrer 5 Regierungsjahre darauf an, was Sie für Nordrhein-Westfalen daraus gemacht haben.

Es geht um objektive Daten und Fakten zum Haushalt. Es geht darum, wo NRW heute im Ländervergleich steht und wo es vor der Krise stand. Die Frage lautet: Wie hat sich NRW in Ihrer Regierungszeit entwickelt?

Anrede,

verglichen mit der vorausgegangenen Wahlperiode konnten Sie aus dem Vollen schöpfen. Das belegen zwei Vergleiche:

- Von Anfang 2000 bis zum 30.06.2005 betrug die Steuereinnahmen des Landes insgesamt 192,02 Mrd. Euro. Vom 01.07.2005 bis Ende 2010 hat das Land dagegen 212,33 Mrd. Steuern eingenommen. Sie haben also in einem vergleichbaren Zeitraum 20,31 Mrd. Euro Steuern mehr eingenommen als Rot-Grün vorher.

- Der Schuldenstand des Landes stieg unter Rot-Grün im gleichen Zeitraum um 26,6 Mrd. Euro. Unter Schwarz-Gelb stieg er weiter um noch mal 22,3 Mrd. Euro. Sie haben also in einem vergleichbaren Zeitraum 4,3 Milliarden Euro weniger Schulden gemacht als Rot-Grün vorher.

20,31 Mrd. Euro mehr Steuereinnahmen und nur 4,3 Milliarden Euro weniger Neuverschuldung: Das ist Ihre finanzpolitische Bilanz - eine Bilanz des Scheiterns.

Ich frage Sie: Was wäre aus diesem Land geworden und wie sähe der Haushalt heute aus, wenn Sie nicht diesen rasanten Aufschwung gehabt hätten? Welchen Schuldenstand hätten wir dann heute zu verzeichnen? Herr Ministerpräsident, Sie haben 2005 einen Fünf-Jahres-Vertrag als Trainer bekommen. In den ersten Jahren hatten Sie nur leichte Spiele. Da haben Sie es versäumt, etwas für das Punktekonto zu tun. Sie hatten ein veraltetes Spielsystem, eine falsche Aufstellung und keine einsatzfähigen Ersatzspieler auf der Reservebank. Dann kamen die schweren Spiele. Heute stehen Sie im Tabellenkeller. Warum soll das Land Ihren Vertrag noch einmal verlängern? Erfolglose Trainer werden ausgewechselt.

Anrede,

es geht heute um die Schlussbilanz Ihrer Haushaltspolitik. Da gehört es dazu, dass wir auch schon eine erste Bilanz Ihrer Regierungspolitik ziehen. Wir werden das sicher gemeinsam in den nächsten Wochen und Monaten noch vertiefen. Heute schauen wir schon einmal auf einige ausgewählte Ressorts:

Sie, Herr Finanzminister, verantworten den höchsten Schuldenstand in der Geschichte des Landes. Und Ihre Bilanz mit Blick auf die Landesbank und die Sparkassen ist nicht besser: Die WestLB wurde durch den Kauf hochriskanter Papiere soweit in die Schieflage gebracht, dass sie nur durch massiven Einsatz der Steuerzahler in Bund, Land und Gemeinden und durch die Sparkassen vor dem völligen Zusammenbruch gerettet werden konnte. Sie wollten eine höhere Rendite erreichen, um die Bank dann gewinnbringend privatisieren zu können. Was ist am Ende herausgekommen? Unter Ihnen ist die WestLB vom Tafelsilber zum Restposten geworden: 87 Mrd. Euro Risiken ausgelagert, über 100 Millionen Euro musste das Land bisher schon cash auf den Tisch legen - Tendenz steigend. Damit hätten wir in diesem Jahr für 190.000 Kinder ein beitragsfreies Kindergartenjahr finanzieren können - oder auch 34.000 neue U3-Plätze schaffen können. Das wäre eine vernünftige Politik gewesen!

Anrede,

Bildungspolitik ist das Kerngebiet der Landespolitik. Da waren Ihre Versprechungen am Größten. In den Schulen, bei der Bildung sollte alles besser werden. Heute ist klar: In keinem Politikbereich sind Sie so krachend gescheitert wie gerade in der Bildung. Die Bilanz der Schulministerin ist eine Bilanz des Schreckens.

Sie haben entlang der gesamten Bildungskette so ziemlich alles falsch gemacht, was man in viereinhalb Jahren nur falsch machen kann. Ich nenne nur wenige Stichworte:

- Bei der U3-Förderung kommen wir zu langsam voran, wir fallen im Ländervergleich zurück.
- Die ganz aktuelle Umfrage des VBE zur Sprachförderung beweist: Viele Tests, wenig Förderung, viel zu wenig Erfolg.
- Mit der Aufhebung der Grundschulbezirke und den verbindlichen Grundschulempfehlungen haben Sie selbst das Erfolgsmodell Grundschule beschädigt. Nachhilfe schon für Siebenjährige ist die traurige Konsequenz.
- Der Unsinn mit den Kopfnoten hat zusätzlichen Druck erzeugt.
- Mit Ihrem Turboabitur haben Sie in den weiterführenden Schulen den maximal möglichen Schaden angerichtet. Die betroffenen Kinder haben vielfach keine echte Kindheit mehr. Freizeit, Hobbys und Familien müssen unter Ihrer Fehlentscheidung leiden. Sie haben damit zugleich der Durchlässigkeit des Schulsystems schweren Schaden zugefügt. In der Sekundarstufe I erfolgt faktisch kein Wechsel mehr von der Haupt- und der Realschule aufs Gymnasium. Sie haben neue Mauern errichtet, statt zu helfen, bestehende Hemmnisse abzubauen.
- Schließlich: Bis heute gibt es keine Lösung für die Schülerinnen und Schüler im Doppeljahrgang, die 2013 Abitur machen. Die Eltern fürchten zu Recht, dass weder genug Studienplätze noch genug Ausbildungsplätze vorhanden sein werden. Sie fürchten um die beruflichen und die Lebenschancen ihrer Kinder.

Sie sind dafür verantwortlich, dass ein unglaublicher Druck in das System gekommen ist. Druck, der Schülern den Spaß am Lernen vergällt. Druck, der Lehrer die Lust an ihrem Job verlieren lässt. Druck, der Eltern um die Zukunft ihrer Kinder fürchten lässt und der bis in die Familien hinein fatale Folgen hat. Sie haben dies bewirkt durch eine Vielzahl von Fehlentscheidungen in der Gesetzgebung und in der Umsetzung durch die Ministerien - beginnend bei den ganz Kleinen bis hin zu den Hochschulen.

Anrede,

Sie sind nicht lernfähig. Sie lernen nichts aus Ihren Fehlern der letzten viereinhalb Jahre. Im Wahlprogramm wird die CDU unverdrossen am dreigliedrigen Schulsystem festhalten, so hat es Kollege Wüst nach seiner Interviewpause gerade noch einmal angekündigt: Gegen die Abstimmung mit den Füßen, gegen den Elternwillen

versuchen Sie Kinder zwangsweise in Schubladen zu stecken, aus denen sie nicht mehr herauskommen. Machen Sie ruhig weiter so, damit die Menschen merken, dass die Reise mit Ihnen in die bildungspolitische Sackgasse führt. Umso mehr Zustimmung werden wir für unseren Vorschlag des längeren gemeinsamen Lernens in Gemeinschaftsschulen gewinnen.

Schließlich die Hochschulen: Nordrhein-Westfalen war ein Schwerpunkt der Streiks und Aktionen der Studierenden. Allenthalben wird beklagt: Studiengänge sind nicht mehr studierbar. Auch an den Hochschulen gilt: statt Spaß am Lernen nur Frust durch unsinnigen Druck. Die Studierenden fordern zu Recht: Nachsitzen, Herr Minister Pinkwart!

Anrede,

diese falsche Schul- und Bildungspolitik zeigt sich auch bei den Länderrankings. Herr Ministerpräsident, das sind die objektiven Messergebnisse, das ist Ihre Bilanz in Zahlen und Fakten. NRW steht nicht auf einem Champions League-Platz, sondern höchstens im Mittelfeld, vielfach aber im Tabellenkeller oder sogar auf einem Abstiegsplatz. Das sind neutrale Studien, Ihre Bilanz wird da von quasi unabhängigen "Wirtschaftsprüfern" erstellt und testiert. Die Studien zeigen: im Bildungsbereich ist Ihnen so gut wie nichts gelungen. Da können Sie sich auch nicht mit der Krise herausreden oder jammern, dass Sie noch 5 Jahre brauchen: Da, wo NRW in Ihrer Regierungszeit zurückgefallen ist, da tragen Sie auch die Verantwortung.

Ein Beispiel von vielen: Beim Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist NRW von 2004 auf 2009 vom 11. auf den 15. Rang abgerutscht. Zu diesem Ergebnis trägt ganz wesentlich auch die Bilanz des Wissenschaftsministers bei: Herr Minister Pinkwart, mit Ihrem so genannten Hochschulfreiheitsgesetz und mit den Studiengebühren haben Sie dem Hochschul- und Wissenschaftsstandort und dem Innovationsland NRW einen denkbar schlechten Dienst erwiesen.

Das bescheinigt Ihnen ausdrücklich auch der Stifterverband der Deutschen Wissenschaft. NRW liegt bei dessen Bologna-Check in der Schlussgruppe. Mit der Bologna-Reform - der Umstellung auf Bachelor- und Master-Abschlüsse -, die wir nach wie vor grundsätzlich unterstützen - sollten zwei wichtige Ziele erreicht werden: die Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse innerhalb Europas sollte erhöht werden, die Studieninhalte sollten reformiert und entschlackt werden. Damit sind Sie nach dem Ergebnis des Bologna-Checks gescheitert.

Mehr noch: Es ging auch um mehr internationalen Austausch. Da sind wir nicht vorangekommen, im Gegenteil. NRW belegt jetzt den letzten Platz, wenn es um die

Mobilität der Studierenden aus dem und ins Ausland geht. Das zeigt der Ländercheck des Stifterverbandes. Schlimmer noch: Man kann zum Teil nicht mal mehr innerhalb unseres Landes wechseln.

Sie tragen die Hauptverantwortung für diese Entwicklungen: Sie haben dem Land, Sie haben sich selbst und uns als Parlament die Steuerungsmöglichkeiten entzogen, die man braucht, um Fehlentwicklungen vorzubeugen. Sie wollten die Hochschulen in eine vermeintliche Freiheit entlassen, Sie haben die Ökonomisierung auch dieses öffentlichen Bereiches vorangetrieben. Jetzt erhalten Sie die Quittung: Wenn man die Zügel vollends aus der Hand gibt, die Hochschulen sich selbst überlässt, bleibt dem Minister nur noch, Appelle an die Hochschulen zu richten - wirklich verbessern kann man dann nichts mehr.

Ihre Lösung in der Not heißt: Studiengebühren. Immer, wenn es finanziell eng wird, dann rufen Sie nach dem Einsatz der Studiengebühren. Ihre Politik ist ein Armutszeugnis, eine Kapitulationserklärung. Statt das notwendige Geld für leistungsfähige Hochschulen aufzubringen, lassen Sie die Studierenden mehr und mehr das Studium selbst bezahlen. Das Ergebnis haben uns die Statistiker des HIS, des Hochschulinformations-Systems, am Dienstag druckfrisch beschrieben: Für 77 Prozent der Studienberechtigten, die in 2008 kein Studium aufgenommen haben, waren finanzielle Gründe ausschlaggebend. Sie fürchten die drohende Überschuldung durch Studienkredite. 69 Prozent haben sich wegen der Studiengebühren gegen ein Studium entschieden. Bei den Frauen liegt der Anteil sogar bei 75 Prozent. Auch das sind Zahlen aus Ihrer Schlussbilanz. Zahlen, die beweisen, dass Ihr Weg in die Studiengebühren ein Irrweg war und ist.

Anrede,

so sind die Fakten - zusammengerechnet und aufgeschrieben von neutraler Seite. Herr Ministerpräsident, nun versuchen Sie diese katastrophalen Ergebnisse ja immer durch den Hinweis auf die angeblich exorbitant steigenden Bildungsausgaben in unserem Land wegzudiskutieren. Auch hier geht es um Zahlen und Fakten. Schauen wir genau hin: Ja, der Schuletat wächst. Aber nur ein Viertel von der Steigerung gegenüber 2005 kommt als Qualitätsverbesserung an den öffentlichen Schulen an. Das meiste geht für Gehalts- und Lohnerhöhungen und ganz besonders für die Beihilfen und Versorgung pensionierter Lehrerinnen und Lehrer drauf. Wir haben es Ihnen schon mehrfach gesagt: Nur Lehrer geben Unterricht, unbesetzte Stellen oder Pensionäre geben keinen Unterricht. Sie rechnen sich über Versorgungslasten im Schuletat reich. Stellen Sie den Haushalt um: Veranschlagen Sie die Versorgungslasten zentral beim Finanzminister und Ihre Rechenkunststückchen fallen in sich zusammen.

In dieser Woche hat die Schulministerin dann die frohe Botschaft verkündet, dass NRW im Bildungsfinanzbericht an der Spitze stünde. Sie hat dabei verschwiegen, dass Rheinland-Pfalz als SPD-geführtes westliches Flächenland noch eine höhere prozentuale Steigerung als NRW vorzuweisen hat. Dennoch: die Zahlen für 2009 sehen auf den ersten Blick gut aus. Aber Vorsicht: Da handelt es sich um Sollzahlen, um Ihre Wunschzahlen. Dieser Bericht geht von Haushaltsansätzen aus. Und wir haben es ja gelernt: Gerade im Schulbereich sind Ihre Sollzahlen oft Phantasiezahlen. Sie rechnen Kosten für Lehrer hinein, die es gar nicht gibt - der Unterrichtsausfall an den Schulen ist der schlagende Beweis. Nehmen Sie doch lieber die Zahlen für 2006 aus dem Bildungsfinanzbericht. Das sind Ist-Zahlen - harte Fakten. Und da liegt NRW bei den Bildungsausgaben pro Schüler unter dem Durchschnitt, bei Grundschulern sogar auf dem vorletzten Platz.

Anrede,

diese Landesregierung ist mit dem Versuch gescheitert, den Bildungsbereich entscheidend voran zu bringen. Sie haben keinen wirklichen Schwerpunkt bei der Bildung gelegt. Wir haben mit unseren Änderungsanträgen zum Haushalt in den Jahren seit 2005 immer wieder deutlich gemacht, wie das möglich gewesen wäre - und zwar ohne höhere Neuverschuldung. Wir haben vorgeschlagen, mehr Lehrer einzustellen. Sie haben das abgelehnt. Wir haben vorgeschlagen, in die Beitragsfreiheit für die Kindergärten einzusteigen und sofort das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen. Sie haben das abgelehnt. Wir wollten mehr für U3-Betreuung und für den Jugendbereich tun. Sie haben das abgelehnt. CDU und FDP haben vor 2005 Wunsch-Dir-Was-Kataloge als Haushaltsanträge vorgelegt - ohne realistische Deckung und ohne jede Schwerpunktsetzung. So haben Sie dann auch Ihre Haushaltspolitik gestaltet. Die 20 Mrd. Steuermehreinnahmen, die Sie seit Mitte 2005 hatten, sind dem Finanzminister zwischen den Fingern zerronnen, sind im Haushalt versickert, ohne politische Wirkung zu zeigen. Sie haben keine strukturellen Reformen, keine Strukturverbesserungen auf den Weg gebracht. Sie hatten nicht die Kraft und nicht den Willen zu einer echten Schwerpunktsetzung. Wir haben uns ganz konsequent auf Bildung, Jugend und Familie konzentriert. Und diesen Schwerpunkt werden wir ab Mai 2010 in der Regierung auch konsequent umsetzen!

Anrede,

an dieser Stelle will ich noch eine Anmerkung zur gestrigen Debatte über die Einführung der Null-Schuldengrenze machen. Es ist richtig, dass wir uns alle um eine Begrenzung der Schulden bemühen. Das sind wir den jungen Menschen in unserem Land, die später dafür aufkommen müssen, schuldig. Aber es ist genauso richtig, dass wir die notwendigen Zukunftsinvestitionen nicht vernachlässigen dürfen. Wir müssen heute in Bildung und Innovation investieren. Wir müssen heute in Betreuung investieren. Wir müssen heute in Integration und in Sprachförderung investieren. Tun wir das nicht, dann müssen die jungen Leute von heute, morgen teuer für unsere Fehler bezahlen. Wenn wir heute Geld aufnehmen, um damit in die Zukunft zu investieren, dann zahlt sich das morgen aus. Wer mit einer Null-Schuldengrenze dem Land diese Möglichkeit nimmt, der tut den nachkommenden Generationen damit keinen Gefallen.

Wie teuer Fehler von heute im Bildungsbereich für die Wirtschaft von morgen sein werden, das hat gerade das Ifo-Institut im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung errechnet: Wenn wir es nicht schaffen, den Anteil der Risikoschüler in den kommenden Jahren deutlich zu senken, dann wird das unser Land teuer zu stehen kommen. Für die Bundesrepublik entstehen dadurch bis zum Jahr 2020 Kosten in Höhe von 70 Mrd. Euro. Und Nordrhein-Westfalen ist besonders gefordert: NRW und Hessen haben die höchste Quote an Problemschülern. Wer das hinnimmt, wer da nicht gegensteuert, der schwächt dauerhaft den Wirtschaftsstandort NRW. Aus diesen Gründen kommt die Studie auch zu dem Ergebnis, dass längeres gemeinsames Lernen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes unverzichtbar ist. Hier müssen wir endlich anpacken, statt über formale Null-Schuldengrenzen zu diskutieren!

Anrede,

Stichwort Wirtschaft: Eine Spezialistin für schlechte Plätze bei Rankings ist auch die Wirtschaftsministerin. Beim Mittelstandsbarometer von Ernst & Young erhält NRW durchgängig nur schlechte bis katastrophale Noten: Bei der Bewertung der regionalen Rahmenbedingungen nur Platz 9, bei der Zufriedenheit mit der Bildungspolitik Platz 12 - bei beiden sind Sie gegenüber 2007 von Platz 1 abgestürzt! Und bei der Zufriedenheit mit der Mittelstandspolitik erreicht NRW sogar nur Platz 14 - das ist ein Absturz um 10 Plätze! Dabei sollte das doch Ihre spezielle Zielgruppe in der Wirtschaftspolitik sein. CDU und FDP wollten doch den Mittelstand als Motor der Wirtschaft in NRW stärken. Ihre Bilanz in der Mittelstandspolitik ist miserabel: Die schwarz-gelbe Mittelstandspolitik ist gescheitert, der Mittelstand und das Handwerk in NRW fühlen sich von dieser Regierung extrem schlecht behandelt.

Ihre Wirtschaftspolitik, Frau Ministerin, hat das Land eben nicht nach vorne gebracht, wie es das Ziel des Ministerpräsidenten war. Er wollte sich an der Spitze, an Bayern und

Baden-Württemberg orientieren. Davon ist nicht viel geblieben. Beim Bundesländerranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft wird das mehr als deutlich: Nordrhein-Westfalen ist wirtschaftlich nicht auf dem Weg nach oben, sondern wir fallen in der Krise im Vergleich mit den anderen Bundesländern zurück: 2002 bis 2004 belegte NRW in dieser Studie im Dynamikranking noch Platz 11, in Ihrer Zeit, Herr Ministerpräsident, sind wir auf den zweitschlechtesten Platz 15 zurückgefallen. Auch im Bestandsranking haben wir verloren: 2004 haben wir noch Platz 5 belegt, in Ihrer Zeit, Herr Ministerpräsidenten, ist unser Land um drei Plätze auf den Platz 8 abgerutscht.

Herr Ministerpräsident, da haben wir wieder ein Testat der "Wirtschafts-Prüfer": Ihre Bilanz ist miserabel. Es liegt nicht an der Krise, dass NRW zurückfällt. Krise ist auch in den anderen Ländern. Es liegt daran, dass dieses Land schlecht regiert wird.

Frau Ministerin, die Bilanz in der Energiepolitik sieht nicht besser aus. Über das Desaster, das Sie beim Kraftwerksbau in Datteln angerichtet haben, müssen wir hier ja ständig wieder diskutieren. Mit Ihrem Einsatz für die Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke versperren Sie den heimischen und den erneuerbaren Energien den Weg. Dazu passt, dass Sie den Vorrang ökologischer und regionaler Energieerzeugung aus den Planungsgesetzen streichen. Ihre Politik hat dazu geführt, dass uns beim Bundesländervergleich für erneuerbare Energien bescheinigt wird, dass NRW den technologischen und wirtschaftlichen Wandel verschläft. Nur Platz 15 erreichen wir in dieser Kategorie. Im Gesamtranking findet sich NRW in der Gruppe der Schlusslichter.

Um da keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Die SPD in Nordrhein-Westfalen steht zum Energie- und zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Wir wackeln nicht, auch nicht bei wichtigen Infrastrukturprojekten, auch nicht beim Kraftwerksbau. Wir haben erkannt, dass Klimaschutz keine Bedrohung ist, sondern ein Fortschrittsmotor. Für uns sind Ökonomie und Ökologie, Wirtschaft und Umwelt keine Gegensätze. Beides kann und muss gewinnbringend miteinander verknüpft werden. Genau da scheitert aber die Landesregierung, die immer wieder künstliche Gegensätze konstruiert.

Anrede,

bei einer ersten Bilanz der Politik des Arbeitsminister fällt auf, wie weit bei ihm Reden und Handeln auseinander fallen: Sagen, was man tut, und tun, was man sagt, das sollte das Motto dieser Regierung sein. Herr Minister Laumann, gesagt haben Sie viel. In Ankündigungen, da sind Sie groß. Aber getan haben Sie wenig. Jetzt bei Schwarz-Gelb haben Sie Ihren bundespolitischen Gestaltungsanspruch schon an der Garderobe des Bundesrates abgegeben.

Was war das für ein jämmerliches Bild, dass Sie und die CDU hier im letzten Plenum bei der Frage der Organisation der Argen, der Arbeitsgemeinschaften von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit, abgegeben haben: Die Tinte für Ihre Unterschrift unter dem Beschluss der Arbeitsminister war noch nicht trocken, da haben Sie hier im Plenum schon wieder einen Rückzieher gemacht. Und jetzt mussten Sie vollends einknicken: Frau von der Leyen diktiert, Minister Laumann und Ministerpräsident Rüttgers sind blamiert.

Was da jetzt gemacht wird, ist fatal: Für die 6.300 kommunalen Beschäftigten in den Job-Centern, für die Kommunen als Partner der Agentur und für die 1,6 Millionen Menschen, die nicht mehr Hilfe aus einer Hand bekommen werden. Ich fürchte: Diese Menschen werden zukünftig nur noch gefordert, aber nicht mehr gefördert.

Anrede,

dieses Land kann nicht stark sein ohne seine starken Städte. Und da gilt: Beim Verhältnis zwischen dem Land und seinen Kommunen ist die Bilanz dieser Landesregierung geradezu unterirdisch. Unsere Städte befinden sich in einer äußerst schwierigen Lage. Ich nenne die Stichworte: Bevölkerungsentwicklung, Strukturwandel, Verschuldung, drastische Leistungskürzungen. Trotz dieser schwierigen Lage der Kommunen haben Sie massiv Mittel gekürzt, Gelder vorenthalten und zusätzliche Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich oben drauf gepackt. Die Liste der finanziellen Zumutungen für die Kommunen wird immer länger. Ihre schwarz-gelbe Sündenbilanz addiert sich zum Ende dieses Jahres auf rund 3,1 Mrd. Euro Belastungen für die Kommunen.

Der Städtetag hat die bedrohliche Lage in seinem Gemeindefinanzbericht 2009 so beschrieben: "In vielen kommunalen Haushalten droht trotz enormer Kraftanstrengungen eine sich zunehmend schneller drehende Abwärtsspirale. Das berührt die Entwicklungschancen des gesamten Landes!" Darum verlangt er jetzt einen Konsolidierungspakt mit dem Land. Wir nennen das Stärkungspakt Stadtfinanzen. Inhaltlich ist es dasselbe. Sie haben das immer abgelehnt. Sie lassen unsere Kommunen im Stich!

Jetzt wieder in Berlin: Schwarz und Gelb haben dort eine Politik zu Lasten Dritter, zu Lasten der Länder und Kommunen, verabredet. Und Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihr Stellvertreter sind dabei ganz vorne wegmarschiert. Angeblich geht es ja darum, durch Steuersenkungen das Wachstum anzukurbeln. In Wirklichkeit wird die Finanzkraft der Länder und der Kommunen weiter geschwächt. Ihr sogenanntes Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist in Wahrheit nur ein

Schuldenbeschleunigungsgesetz. Das Steuerpaket aus dem Koalitionsvertrag wird die Länder ab 2011 rund 12 Mrd. Euro kosten. Für das Land und die Kommunen in NRW bedeutet das einen Einnahmeausfall von 2,4 Mrd. Euro jährlich. Sie plündern weiter die kommunalen Kassen und die Kassen des Landes dazu.

Statt den Kreisen, Städten und Gemeinden zu helfen, haben Sie versucht, sich auf deren Kosten zu entlasten, Sanierung auf dem Rücken Dritter zu betreiben. Mit der Sanierung sind Sie kaum weiter gekommen, aber die Kommunen sind dabei auf der Strecke geblieben. Jetzt hilft nur noch konsequentes Umsteuern:

- Die strukturellen Belastungen müssen zurückgenommen werden.
- Die Gewerbesteuer muss verstetigt und ihre Bemessungsgrundlage muss verbreitert werden.
- Die zuviel gezahlten 900 Millionen aus dem Aufbau Ost müssen in 2010 zurückgezahlt werden.
- Wir brauchen einen Stärkungspakt Stadtfinanzen, der den Städten wieder Luft zum Atmen gibt.
- Und wir brauchen eine Gemeindefinanzreform, die den Kommunen faire Zuweisungen durch das Land und eigene Einnahmemöglichkeiten garantiert.

Anrede,

all diese Beispiele zeigen: Die Schlussbilanz von Schwarz-Gelb, die Schlussbilanz des Ministerpräsidenten fällt insgesamt miserabel aus. Das hat schon die 2. Lesung des Haushaltes gezeigt. Quer durch alle Politikbereiche steht Nordrhein-Westfalen heute nicht besser da als 2005. In vielen Bereichen sind wir zurückgefallen. Sie wollten einen neuen Aufbruch für unser Land. Sie haben geglaubt, schon durch Ihre Wahl würde NRW gewinnen. Ihr Wahlsieg war Ihnen zu Kopf gestiegen. In Wahrheit sind Sie gescheitert.

Jetzt ist es zu spät, dass Ruder noch herum zu reißen. Ihnen läuft die Zeit weg. Jetzt haben schon bald die Wählerinnen und Wähler das Wort. Dann wird es auch um Ihre Schlussbilanz gehen. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land werden darüber urteilen.

Wir freuen uns auf diesen Wettbewerb. Wir sind sicher: Wir haben die besseren Lösungen, die besseren politischen Konzepte für unser Land.

Glückauf!

Betreuungsgute U3
01.03.2009

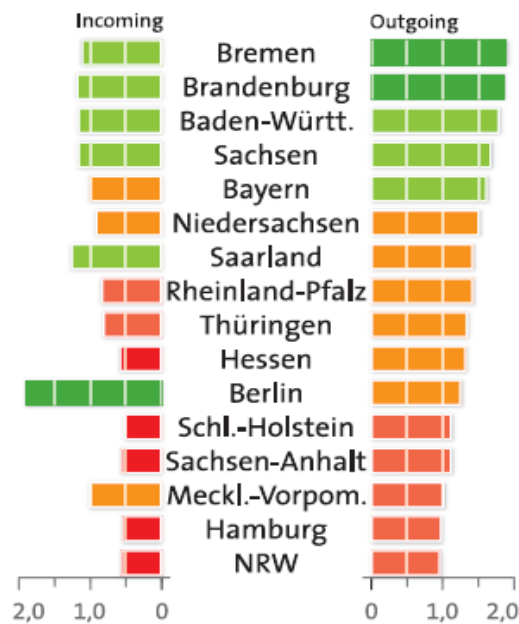
Platz	Bundesland	Betreuungsgute
1	Sachsen-Anhalt	55,1
2	Mecklenburg-Vorpommern	49,6
3	Brandenburg	48,3
4	Thüringen	42,8
5	Berlin	41,6
6	Sachsen	40,1
7	Hamburg	25,7
	Deutschland	20,4
8	Reinland-Pfalz	17,6
9	Hessen	16,3
10	Badem-Württemberg	15,9
11	Bayern	15,7
12	Saarland	15,2
13	Schleswig-Holstein	14,5
14	Bremen	13,8
15	Niedersachsen	12,0
16	Nordrhein-Westfalen	11,6

Statistisches Bundesamt

Bildungsmonitor 2009
im Auftrag der Initiative Neue Soziale
Marktwirtschaft

Platz	Länder	Punkte
1	Sachsen	79.48
2	Thüringen	75.28
3	Baden-Württemberg	73.12
4	Bayern	68.86
5	Niedersachsen	66.40
6	Bremen	64.65
7	Saarland	64.21
8	Rheinland-Pfalz	64.04
9	Sachsen-Anhalt	63.18
10	Mecklenburg-Vorpommern	62.55
11	Hessen	61.49
12	Brandenburg	61.32
13	Hamburg	61.23
14	Schleswig-Holstein	60.86
15	Nordrhein-Westfalen	60.46
16	Berlin	58.28

Ländercheck Bologna des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft 2009
Studentische Mobilität



Quelle: DAAD, Stat. Bundesamt

Stifterverband
für die Deutsche Wissenschaft

Ernst & Young Mittelstandsbarometer

Bewertung der regionalen Rahmenbedingungen

Platz	Länder	2007
1	Nordrhein-Westfalen	3,31
2	Baden-Württemberg	3,30
3	Rheinland-Pfalz	3,30
4	Hessen	3,28
5	Sachsen	3,23
6	Bayern	3,23
7	Schleswig-Holstein	3,22
8	Hamburg	3,18
9	Thüringen	3,17
10	Niedersachsen	3,15
11	Berlin	3,13
12	Saarland	3,12
13	Mecklenburg-Vorpommern	3,07
14	Sachsen-Anhalt	3,04
15	Bremen	3,04
16	Brandenburg	2,45

Platz	Länder	2009
1	Baden-Württemberg	3,23
2	Hamburg	3,19
3	Thüringen	3,12
4	Saarland	3,10
5	Rheinland-Pfalz	3,07
6	Sachsen-Anhalt	3,04
7	Hessen	3,03
8	Bayern	3,00
9	Nordrhein-Westfalen	2,98
10	Sachsen	2,90
11	Bremen	2,87
12	Schleswig-Holstein	2,85
13	Mecklenburg-Vorpommern	2,85
14	Niedersachsen	2,84
15	Brandenburg	2,73
16	Berlin	2,66

Zufriedenheit mit der Mittelstandspolitik

Platz	Länder	2007
1	Thüringen	3,01
2	Bayern	3,01
3	Saarland	3,00
4	Hamburg	2,98
5	Nordrhein-Westfalen	2,98
6	Niedersachsen	2,96
7	Mecklenburg-Vorpommern	2,89
8	Hessen	2,88
9	Rheinland-Pfalz	2,87
10	Berlin	2,86
11	Sachsen	2,85
12	Schleswig-Holstein	2,85
13	Sachsen-Anhalt	2,84
14	Baden-Württemberg	2,82
15	Bremen	2,66
16	Brandenburg	2,23

Platz	Länder	2009
1	Hamburg	2,90
2	Baden-Württemberg	2,85
3	Thüringen	2,83
4	Sachsen-Anhalt	2,79
5	Saarland	2,75
6	Brandenburg	2,73
7	Bremen	2,71
8	Rheinland-Pfalz	2,66
9	Mecklenburg-Vorpommern	2,63
10	Schleswig-Holstein	2,60
11	Bayern	2,56
12	Niedersachsen	2,51
13	Sachsen	2,51
14	Nordrhein-Westfalen	2,49
15	Hessen	2,44
16	Berlin	2,22

Zufriedenheit mit der Bildungspolitik

Platz	Länder	2007
1	Nordrhein-Westfalen	2,91
2	Hessen	2,90
3	Niedersachsen	2,89
4	Bayern	2,88
5	Saarland	2,87
6	Rheinland-Pfalz	2,87
7	Sachsen	2,83
8	Hamburg	2,81
9	Mecklenburg-Vorpommern	2,80
10	Sachsen-Anhalt	2,77
11	Schleswig-Holstein	2,77
12	Baden-Württemberg	2,75
13	Thüringen	2,72
14	Berlin	2,68
15	Bremen	2,05
16	Brandenburg	1,91

Platz	Länder	2009
1	Baden-Württemberg	2,99
2	Bayern	2,78
3	Sachsen-Anhalt	2,76
4	Saarland	2,73
5	Thüringen	2,70
6	Rheinland-Pfalz	2,60
7	Niedersachsen	2,52
8	Hamburg	2,48
9	Brandenburg	2,44
10	Hessen	2,44
11	Sachsen	2,43
12	Nordrhein-Westfalen	2,40
13	Mecklenburg-Vorpommern	2,39
14	Schleswig-Holstein	2,35
15	Berlin	2,23
16	Bremen	1,85

Bundesländerranking im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Platz	Länder	Dynamik-Ranking 2002-2004
1	Sachsen	62,20
2	Rheinland-Pfalz	54,20
3	Niedersachsen	53,60
4	Bayern	52,80
5	Saarland	52,50
6	Hamburg	52,10
7	Thüringen	52,00
8	Baden-Württemberg	51,70
9	Sachsen-Anhalt	50,60
10	Schleswig-Holstein	49,60
11	Nordrhein-Westfalen	49,20
12	Hessen	47,50
13	Bremen	46,30
14	Brandenburg	44,60
15	Berlin	44,20
16	Mecklenburg-Vorpommern	37,00

Platz	Länder	Dynamik-Ranking 2005-2008
1	Sachsen-Anhalt	59,10
2	Brandenburg	56,20
3	Mecklenburg-Vorpommern	55,30
4	Sachsen	55,00
5	Thüringen	54,90
6	Berlin	52,30
7	Bayern	50,50
8	Baden-Württemberg	50,20
9	Bremen	49,60
10	Niedersachsen	47,40
11	Hessen	46,60
12	Rheinland-Pfalz	46,50
13	Schleswig-Holstein	45,90
14	Hamburg	45,60
15	Nordrhein-Westfalen	42,90
16	Saarland	41,70

Bundesländerranking im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Platz	Länder	Bestands-ranking 2004
1	Bayern	65,30
2	Baden-Württemberg	65,20
3	Hessen	62,70
4	Hamburg	60,30
5	Nordrhein-Westfalen	55,00
6	Rheinland-Pfalz	54,30
7	Niedersachsen	52,80
8	Schleswig-Holstein	52,70
9	Saarland	52,40
10	Bremen	49,70
11	Sachsen	41,40
12	Thüringen	41,30
13	Berlin	39,90
14	Brandenburg	39,20
15	Sachsen-Anhalt	34,70
16	Mecklenburg-Vorpommern	33,20

Platz	Länder	Bestands-ranking 2009
1	Bayern	64,9
2	Baden-Württemberg	64,3
3	Hamburg	62,5
4	Hessen	58,5
5	Rheinland-Pfalz	54,7
6	Schleswig-Holstein	51,1
7	Niedersachsen	50,1
8	Nordrhein-Westfalen	49,5
9	Saarland	47,1
10	Bremen	46,5
11	Thüringen	45,8
12	Sachsen	44,1
13	Brandenburg	43,6
14	Mecklenburg-Vorpommern	40,1
15	Sachsen-Anhalt	39,3
16	Berlin	37,8

Bundesländerpreis für Erneuerbare Energien 2008

Platz	Länder
1	Brandenburg
2	Baden-Württemberg
3	Bayern
4	Schleswig-Holstein
5	Sachsen-Anhalt
6	Sachsen
7	Mecklenburg-Vorpommern
8	Niedersachsen
9	Rheinland-Pfalz
10	Thüringen
11	Bremen
12	Nordrhein-Westfalen
13	Hamburg
14	Hessen
15	Berlin
16	Saarland